seines liberalen Charakters für nötig hält. So begrüßen wir sein Vorgehen auch im Interesse unseres engeren Vaterlandes in der Zuversicht, daß seine Tatkraft hinter seiner Einsicht nicht zurückbleibe. Und da seine Tatkraft nicht unwesentlich von der Unterstützung abhängt, die er findet, so wünschen wir seinem Aufrufe den günstigsten Erfolg, besonders in den Kreisen unserer Leser.

Wochenschau.

In Berlin sind die Parlamente in die Ferien gegangen; am letzten Sonnabend machte der Reichstag Schluß; bis in die Mitte der Woche quälte sich noch das preußische Abgeordnetenhaus. Dann entfleuchten auch die preußischen Volksboten zu den heimischen Penaten und nun haben wir im Reich wie in dem führenden Bundesstaat, die beide ihr Etatsjahr mit dem 1. April begannen, den nämlichen Uebelstand: das neue Finanzgesetz ist noch nicht zustande genommen und hüben wie drüben muß man sich zunächst mit Notgesetzen helfen. Das ist, wenn es auch nicht gerade der Uebel größtes ist, auf keinen Fall ein besonders erfreuliches Ergebnis der bisherigen Parlaments-Campagne und so ist es nicht weiter verwunderlich, daß dem chronischen Leiden dieser Zentlänfte, der parlamentarischen Misère, in den letzten Tagen wieder recht eifrig nachgegrübelt worden ist. Tatsächlich sind die Volksboten im Reich und in Preußen mit leeren Händen in die Osterovakanz gezogen. Man hat die Wintermonate, die doch die eigentliche Saison der Parlamente darstellen, mit den beliebten „inferioren Etatsplaudereien" vertrödelt; das bißchen, was wirklich zustande gebracht ward, verlohnt kaum der Erwähnung. Das Wesentlichste steckt noch in den Kommissionen oder soll erst noch — wie die Börsennovelle im Reich und die wasserwirtschaftlichen Vorlagen in Preußen — an die Pforten der hohen Häuser pochen. Auch ohne sich sonderlicher prophetischer Begabung zu berühmen, wird man schon heute sagen dürfen, wenn in neun oder zehn Wochen (denn lange nach Pfingsten sind die Erwählten des Volks nun einmal nicht zusammenzuhalten) zum großen Rebraus geblasen wird, dann wird wieder mancherlei unter den Tisch gefallen sein und vielleicht just das Bedeutsamste und Beste. Ob Diäten, Tage- oder Anwesenheitsgelder — der Name tut ja nichts zur Sache — dem steuern würden? Man sollte es wünschen, wenn mans als zur Skepsis abgekühlter Lebenspilgrimm auch nicht gerade stürmisch hoffen mag. Aber vorläufig hat es, scheints, mit den Diäten noch gute Wege. Die „Südd. Reichskorresp.", die in manchen Stücken immerhin als reichsoffiziöses Sprachrohr gelten darf, hat erst dieser Tage deutlich und vernehmlich abgewinkt. Und so bleibt kaum ein anderer Rat als sich in Geduld zu fassen und wie Frau Nora auf das Wunderbare zu warten . . .

Die Parlamente sind in die Ferien gegangen, aber die Erregung, die diese verhängnisvollen Märztage weckten, wirkt noch nach. Das Auflösungsmärchen des „Vorwärts", an das sich das sozialdemokratische Zentralorgan um so zäher klammerte, mit je besseren Gründen es von der „Nordd. Allg. Ztg." immer wieder zerstört ward und der Abschied der vierzehn ausgewiesenen Russen, der den „Vorwärts" zu süßlicher Rührseligkeit und weinerlicher Lyrik begeisterte, ist, wenn man von dem engsten Kreis der politischen Leute absieht, nirgends beachtet worden. Die Aufhebung des § 2 aber frißt noch immer an den Gemütern; darüber können die Tausende und Abertausende nicht hinweg und ganz Wundersames wissen die Männer, die jetzt im Dienste der evangelischen Bewegung die deutschen Gaue durchziehen, von den aus der Tiefe der Volksseele aufwallenden Empfindungen, von ehrlichem Lutherzorn und begeisterter Hingabe an die Ideale des Protestantismus, dessen sie Zeugen wurden, zu erzählen. Die konservative Partei freilich ist wieder umgekehrt. Die Rede, die der Herr v. Heydebrand und der Lasa am vorigen Mittwoch im preußischen Abgeordnetenhause gehalten hat, ist — wie jetzt offenbar wird — nur eine Konzession an die immerhin protestantischen Traditionen dieser Partei gewesen. Die äußerste und letzte dazu. Um „Klarheit über die kirchenpolitische Stellung der konservativen Partei zu schaffen", ist diese Rede von Parteiwegen als Flugblatt verbreitet worden; gleichzeitig aber hat der derzeitige Führer der deutschkonservativen Partei, der Landesdirektor von der Provinz Brandenburg und Sohn des von Olmütz der allen Deutschen ins Herz geschriebenen Ministers Freiherrn von Manteuffel-Crossen, einen Warnungsbrief wider den Evangelischen Bund an seine Getreuen erlassen, der ihn eine Borfrucht des verruchten kirchlichen und politischen Liberalismus deucht, und zur nämlichen Stunde tritt auch die parteioffiziöse „Konservative Correspondenz" zum Abrüsten ein: dem Unwillen sei nun Genüge geschehen; schließlich seien § 2 und Jesuiten wohl nicht halb so schlimm.

Es stimmt durchaus zu dieser nachgerade „geklärten" kirchenpolitischen Stellung der Konservativen, daß sie bei der Reichstagsstichwahl im Kreise Lüneburg wahrscheinlich zu beträchtlichen Teilen den Nationalliberalen zu Gunsten des beim Zentrum hospitierenden Welfen in den Rücken gefallen sind. Die „Deutsche Tagesztg.", die bis in die letzten Tage eifrig für den Welfen die Werbetrommel gerührt hat, spricht es mit cynischer Offenheit auch aus. „Wir können es" schreibt das Organ des Majors a. D. Endell, „den Konservativen und den Mitgliedern des Bundes der Landwirte nicht verdenken, wenn sie sich nicht entschließen könnten, für den Nationalliberalen zu stimmen, insbesondere, da Freiherr v. Wangenheim eine recht sympathische Persönlichkeit ist und in seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen den Konservativen und den Bündlern weit näher steht als Herr Dr. Jäncke." Das ist echte bündlerische Nationalpolitik: Um fünfzig Pfennig höhere Kornzölle und die Welt mag drüber in Stücke gehen! Darum ist es gut, daß die Nationalliberalen und die beiden freisinnigen Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses wiederum einen Schritt einander näher gerückt sind und gemeinsam einen Antrag auf Abänderung des preußischen Wahlrechts eingebracht haben. Der ist von den Idealen der Konsequenzenreiter freilich ziemlich fern und der „Vorwärts" schilt ihn auch bereits in seiner anmutigen Bildersprache eine „verbrecherische Verhöhnung auch des bescheidensten Liberalismus". Aber er hat in seiner gewollten Selbstbeschränkung vielleicht noch am ehesten Aussicht auf Verwirklichung und das wäre dann ein praktischer Erfolg eines Zusammengehens des Gesamtliberalismus, der höher zu bewerten wäre, als all die schön gedachten Pläne, die wir gelegentlich sonst zu dem nämlichen Thema zu lesen bekommen.

Auch die Haltung der konservativen Presse in Bezug auf die südwestafrikanischen Dinge wird immer bedenklicher. „Reichsbote" und „Vorwärts" marschieren schon lange Schulter an Schulter und neuerdings scheint sich ihnen auch die „Kreuzztg." zugesellen zu wollen. Ohne Frage sind da drunten von weißen Händlern viele böse Verfehlungen begangen worden; aber wie der alte Eugen Richter neulich ganz richtig im Reichstage sagte: „Jetzt, wo Deutsche in Südwestafrika im Felde stehen, ist nicht die Zeit, zu prüfen und zu richten." Als Richter so sprach, war das Schmerzlichste noch nicht bekannt. Da wußten wir hier noch nicht, daß bei Owikokorero sieben Offiziere und 19 Mann in den Staub gesunken waren. Ob den Führer Major von Glasenapp eine Schuld an dem Unglück trifft, ist noch nicht festgestellt; jedenfalls hat uns der Ueberfall von neuem einen Beweis von der Geschlossenheit und Verschlagenheit unserer schwarzen Feinde erbracht. Die Kolonne v. Estorff, von der man eine zeitlang nichts hörte, ist nach einigen kleineren siegreichen Kämpfen in Okahandja eingetroffen. Man darf gespannt sein, ob die vereinigten Truppen nunmehr bald versuchen werden, die Scharte auszuwetzen oder ob sie auf die Verstärkungen warten. Die ersten vierhundert Mann sind bereits am Freitag von Hamburg abgefahren.

Von Ostasien nichts Neues! Der russische Oberbefehlshaber zu Lande nähert sich langsam dem Schauplatz seiner künftigen Heldentaten und zur See dauert die regere Tätigkeit unter dem neuen Herrn an. Aber entscheidende Ereignisse gibt es nicht zu verzeichnen und wird es wohl auch so bald noch nicht geben.

In Oesterreich ist derweil das Parlament nach einer Reihe unfruchtbarer Sitzungen auseinandergegangen, die nichts offenbarten, als die Ohnmacht dieses Spottbildes einer Volksvertretung. Der § 14 regiert wieder. Aber so sehr sich Herr v. Körber daran gewöhnt hat, diesmal gings nicht ohne bedenkliche Begleitumstände für ihn ab. Er wollte vor der Vertagung, wie es hieß, unter allen Umständen die Wahlen zur Delegation durchsetzen. Es ist ihm nicht gelungen. Und kein Geringerer als Goluchowski hat das Mißlingen verschuldet. Von der Entscheidung dieses ihres Landsmannes hatten die Polen ihr Verhalten abhängig gemacht. Graf Goluchowski aber hatte ihnen gesagt, er als Minister des Aeußeren brauche die Delegationen nicht. Er hätte hinzufügen können, daß er sie jedoch als Mitglied der Gesamtregierung wünsche und brauche. Daß ers nicht tat, ist ihm als ein direkt gegen Körber geführter Streich gedeutet worden. Anzumerken ist Beiden nichts davon. Wie weit zwischen ihnen dennoch eine geheime Rivalität besteht, wie weit etwa Goluchowski mit dem Zustandekommen eines slawischen Bündnisses gegen die Deutschen und dem Sturz Körbers rechnet, in den er nicht hineingezogen werden möchte — ist noch nicht klar zu erkennen. Tatsächlich scheint eine Bewegung vorhanden zu sein, die auf einen solchen Zusammenschluß hindrängt. Die Polen fühlen sich zwar im Augenblick noch als die „ehrlichen Makler", aber in Wirklichkeit nähern sie sich den Tschechen. Die Südslawen sind gar offen auf deren Seite getreten, mit ihnen die Italiener: ein gemeinsamer Vorstoß gegen die Deutschen scheint in der Luft zu liegen. Das fühlen diese offenbar auch. Und in solchem Gefühl haben sich in diesen Tagen Deutsche einander genähert, die bis dahin nur Haß für einander hatten.

Frankreichs Regierung hat nach den bösen Stunden der vorigen Woche der Fährnisse noch genug erlebt. Aber sie hat sich gehalten und sogar wieder Erfolge in der Arena des Parlaments errungen. Der Artikel III des Gesetzes gegen den Kongregationsunterricht ist in Sicherheit gebracht, obwohl die Opposition schließlich in offene Obstruktion umschlug.

Manche Freunde der Regierung hoffen sogar, daß gerade die Hitze der Obstruktion den „Bloc" wieder zusammenschweißen werde. Die Schlappe durch die Abstimmung über den Zusatzantrag Caillaux ist merklich gemildert worden durch die Annahme eines weiteren Zusatzes, der die Wirkung jenes ersten ganz bedeutend einschränkt. So hofft denn die Regierung, das Gesetz doch noch vor den Ferien unter Dach und Fach zu bringen.

Italien hat seine „Affaire". Der Fall Nasi wird wohl noch viel von sich reden machen; fürs Erste scheint es fast, als ob die Wirklichkeit nicht ganz so schlimm gewesen sei als der Bericht über Nasis Amtsführung. Schlimm genug bliebe sie freilich auch dann noch.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Stellungen der feindlichen Heere am Jalu

treten allmählich in schärfer umrissenen Linien aus dem Tohuwabohu sich widersprechender Nachrichten hervor. Amerikanische Ingenieure, scheinbar ganz unparteiische Zeugen, berichten, daß die Russen in großer Stärke mit nicht weniger als 150 Geschützen auf beiden Ufern des Jalumündung am 14. d. M. bereit standen, während ihre Vorposten in stetem Kontakt mit den japanischen Vorposten waren. Die erste Division des japanischen Heeres befand sich nach übereinstimmenden Berichten seit dem 12. März in Andschu, zwei weitere Divisionen hinter ihnen in Piöng-Yang. Am 15./16. März besetzten japanische Eklaireure auf der direkt nordwärts nach Wiwön, am mittleren Jalu führenden Straße Hong-Piöng, wo sie tags darauf Erdwerke aufzuwerfen begannen (nach russischen Berichten geschah das erst am 19. März). Fast gleichzeitig gingen ihre Vorposten auf der Straße nach Widschu, westwärts der Küste folgend über den Patschöngfluß und besetzten die Stadt Paktschöng. Auch hier verschanzten sich die Japaner. Der offizielle russische Bericht des Generals Mitschendo vom 17. März läßt allerdings die japanischen Kavallerievedetten vor den ausgesandten Kosaken auf Andschu zurückgehen, aber dieser Bericht widerlegt selbst diese Meldung, denn der russische General sagt gleichzeitig, daß schon am 10. März zwei seiner Deveschenreiter zwischen Kazan und Tschön-dschu, d. h. auf der Höhe, wenn nicht schon westlich von Paktschöng in eine japanische Patrouille gerieten. Danach stehen also die beiderseitigen Heere, wenigstens in ihren vorgeschobenen Positionen höchstens noch 50 Kilometer von einander entfernt, oder vielmehr standen so vor reichlich acht bis zehn Tagen. Bezeichnend für die japanische Taktik bleibt dabei, daß langsam schrittweise Vorrücken unter fortgesetzt gleichzeitiger Befestigung der eben okkupierten Punkte, und der offenbar zur Umgehung der russischen linken Flanke bestimmte Vormarsch über Höng-Piöng gegen Wiwön zu. Die Entfernung von Antung, respektive Andschu, dem Hauptpunkte der russischen Stellung beträgt einige 250 Kilometer. Dieser Flankenmarsch der Japaner zwingt also die Russen ihre Defensivlinie (falls sie in der Defensive bleiben wollen), in einer Weise auszudehnen, die sie notwendig schwächen muß, während er ihre Offensive, sollten sie zu derselben übergehen, wie offenbar die Japaner hoffen, gleichzeitig in der linken Flanke und im Rücken bedroht! Die Japaner versichern auch jetzt wieder, daß sie gar nicht daran denken, in Korea oder gegen den Jalu die Offensive zu ergreifen, sondern sich lediglich darauf beschränken, die nordkoreanischen Gebirgspässe zu besetzen und zu befestigen, um den Russen das Eindringen in das „Protektoratsgebiet" zu verwehren, und daß sie sich dabei streng in der Defensive halten würden. Im Liau-Tale wollen sie die Offensive ergreifen, dort die erste Schlacht schlagen, und dann erst, wenn ihre Landung in der Liautongbucht, irgendwo in der Nähe von Niutschwang, die russische Jalu-armee zum schleunigen Rückzuge gezwungen — daß ihnen die Landung glücken wird, betrachten sie natürlich als selbstverständlich —, sollen die jetzt bei Piöng-Yang und Andschu stehenden drei Divisionen den zurückgehenden Russen über Feng-hwangtschöng auf den Fersen folgen, sie fortgesetzt in Nachhutgefechte verwickeln und womöglich vor ihrer Vereinigung mit den zwischen Niutschwang, Liau-Yang und Mukden stehenden Korps mit dem bei Niutschwang inzwischen gelandeten japanischen Heere zwischen zwei Feuer nehmen. Der Plan ist einfach und durchsichtig genug. Bleibt die weit weniger einfache Frage, ob respektive wie weit er ihnen gelingen wird. Der Aufbruch des Küsten- und Flußeises hat eingesetzt, und das Erscheinen einer Abteilung der japanischen Flotte am Sonntag vor Kaitschau, 50 Kilometer südlich von Niutschwang an der Eisenbahnlinie Port-Arthur-Mukden deutet darauf hin, daß wir schon in den nächsten Tagen dort eine weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse erwarten dürfen. Die Periode der abwartenden Ruhe nähert sich offenbar ihrem Ende.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 26. März.

* **„Ministerfeste."** Das sozialdemokratische Zentralorgan hält sich darüber auf, daß Graf v. Bülow und Minister v. Podbielski am letzten Sonnabend offizielle Festlichkeiten veranstalteten, obwohl an jenem Tage aus Südwestafrika die Nachricht kam, daß 26 deutsche Soldaten, darunter 7 Offiziere, gefallen seien. Das hört sich nicht übel an, wenn auch derartige offizielle Veranstaltungen der höchsten Staatsbeamten zweifellos nicht dasselbe wie Privatfestlichkeiten sind, selbst wenn Börds Miska die Musik dazu macht. Vom sozialdemokratischen Standpunkt jedoch erscheint die Feinfühligkeit des „Vorwärts" recht seltsam. Heizte sich doch das sozialdemokratische Zentralorgan erst vor wenig Tagen sehr unwirsch über die Einschränkung der Variétévorstellungen während der Karwoche. Und ganz unbegreiflich ist es, wenn aus der Mitte der Sozialdemokratie heraus das Andenken der Märzgefallenen durch komische Vorträge und durch Tanz geehrt wird, wie es in diesem Jahre von den Parteigenossen des vierten Berliner Wahlvereins geschehen ist. Das Anarchistenorgan „Der Freie Arbeiter" hat der so modernisierten Märzfeier ein Gedicht gewidmet, in dem es heißt:

„Jetzt ist die Parole der großen Partei,
Offiziell das Feiern zu lassen,
Und ähnlich wie am ersten Mai
Zu feiern mit Saufen und Prassen,
Die Demonstration sei ohne Zweck,
Drum fort mit Reden und Kränzen,
Wir feiern forten nur mit Tänzen."

Soviel wir gesehen haben, ist im „Vorw." den Parteigenossen des vierten Wahlkreises für ihre lustige Märzfeier keinerlei Rüge erteilt worden; dergleichen spart sich das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie für „Ministerfeste" auf!

* **Friedensschluß zwischen Fürstbischof Kopp und den oberschlesischen Polen?** Nachdem in der heutigen Verhandlung vor dem Landgerichte zu Beuthen gegen den Redakteur v. Wolski wegen Beleidigung des Fürstbischofs Kopp und der oberschlesischen katholischen Geistlichkeit der gestellte Strafantrag zurückgezogen worden war, mußte man zu der Ansicht gelangen, der Fürstbischof habe aus den belastenden Feststellungen im Verlaufe des Prozesses die Ueberzeugung gewonnen, seine Klage sei aussichtslos. Diese Ansicht wird ein wenig moderiert durch folgende ausführliche Meldung: „In der Verhandlung gegen den Redakteur des „Gornoslazak", v. Wolski, teilte der Vorsitzende mit, vom Kardinal Kopp sei folgendes Telegramm eingegangen: „Ich ziehe in meinem Namen und im Namen des mir unterstellten Klerus den Strafantrag gegen v. Wolski in allen seinen Teilen zurück und bitte um Einstellung des Verfahrens". Der Verteidiger teilte mit, der Strafantrag sei durch Vermittelung des Generalvikariats, Amtsrates Buchmann, zurückgezogen. An diesen habe sich im Interesse des Friedens Abg. Korfanty gewendet, nach dem der „Gornoslazak" sich bereit erklärt hatte, die Erklärung zu veröffentlichen, er habe eingesehen, daß sich die in dem inkriminierten Artikel enthaltenen Behauptungen nicht in allen Punkten, insbesondere nicht soweit sie auf die Person des Kardinals Kopp sich beziehen, aufrecht erhalten lassen. Kardinal Kopp erklärte sich bereit, auch den Strafantrag gegen Kowaltzyk zurückzuziehen, wenn der „Gornoslazak" die Erklärung veröffentliche, daß er sich geirrt und überzeugt habe, daß keinerlei Abmachungen zwischen dem Kardinal Kopp und der Kirchenbehörde einerseits und den Staatsbehörden anderseits bei der Prüfung und Anstellung von Geistlichen bestehe. Trotz dieses Uebereinkommens verlieren die tatsächlichen Behauptungen der Prozeßgegner nichts von ihrer politischen Bedeutung, wie sie natürlich auch auf das Verhalten des Fürstbischofs eingewirkt haben; es sei deshalb hier folgendes wiedergegeben:

Die Veranlassung zur Klage gab ein Artikel, den der genannte Redakteur einem Warschauer Blatte entnommen und im Dezember 1903 in dem in Kattowitz erscheinenden „Gornoslazak" veröffentlicht hatte. In dem Artikel wurde behauptet, der Kardinal Kopp habe die Geistlichkeit zu gröblichstem Mißbrauch der Kanzel aus parteipolitischen Gründen veranlaßt. Es wurde hierbei Bezug genommen auf den kurz vor den Reichstagswahlen erlassenen Hirtenbrief, in dem die Diözesanen für den Fall, daß sie mit den Radikalpolen Korfanty sympathisieren sollten, mit schweren Kirchenstrafen bedroht wurden, und weiter war eine Konferenz der Erzpriester erwähnt worden, die in dieser Angelegenheit getagt hat. Die bei den Verhandlungen vor dem Beuthener Landgericht am Donnerstag und Freitag vorgenommenen Zeugenvernehmungen haben nun in geradezu erschreckender Weise gezeigt, in welchem hohen Maße Kanzel und Beichtstuhl von der Geistlichkeit zur Ausübung eines politischen Gewissenszwanges ausgenutzt worden sind. Von der Geistlichkeit wurden nicht nur gegen Korfanty und seine etwaigen Anhänger die gröbsten Schimpfworte gebraucht, sondern man verfagte den Lesern des „Gornoslazak" sogar alle kirchlichen Ehren und ging selbst bis zur Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses und der Darreichung der Sterbesakramente.

— Dem für den Berliner Turntag gebildeten Ehrenausschuß gehören der Reichskanzler Graf v. Bülow, die Staatsminister Freiherr v. Hammerstein und Dr. Studt, Abgeordneter v. Schenckendorff, Polizei-Präsident v. Borries, Oberbürgermeister Kirschner, Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, Vize-Präsident des Provinzial-Schulkollegiums Lucanus, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Waldeyer, Major von Tschirch, Direktor der kgl. Militär-Turnanstalt u. a. an.

— Zu der Mitteilung, Samuel Maherero sei Ehrenmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft, erhalten die „Lübeckischen Anz." von zuständiger Seite folgende Erklärung: „Der Herero-häuptling Maherero ist keineswegs Ehrenmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft. Ehrenmitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft sind: Dr. Hermann v. Wissmann, Dr. Karl Peters, Dr. F. Hammacher, Staatsminister von Hofmann, Geh. Reg.-Rat Simon; Ehrenpräsident ist Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Statthalter in Elsaß-Lothringen. Andere Ehrenmitglieder sind noch einige vom früheren „Kolonialverein" und der „Gesellschaft für Deutsche Kolonisation" übernommen im Jahre 1887, aber auch zu diesen gehört kein Farbiger, wenn auch einige Ausländer, wie Stanley, Präsident Krüger und der frühere Transvaalminister du Toit, darunter sind. Es ist jedoch nicht ganz unmöglich, daß Samuel Maherero einer der wenigen Abteilungen der Deutschen Kolonialgesellschaft in Deutsch-Südwestafrika als Mitglied angehört, denn bis zum Ausbruch des Aufstandes lebte er ja in scheinbar bestem Einvernehmen mit den Deutschen." (Die „Frkf. Ztg.", die bei der Mitteilung in Frage kommt, hatte auch nur von der Ehrenmitgliedschaft der Abteilung Mannheim gesprochen.)

— Der Garnisonpfarrer von Berlin, Militäroberpfarrer Goens, ist am Donnerstag auf Befehl des Kaisers nach Messina abgereist, wo er sich an Bord der „Hohenzollern" begibt. Der Oberpfarrer wird am Gründonnerstag dem Kaiser und seinem Gefolge das Abendmahl reichen und am Karfreitag sowie an den beiden Osterfeiertagen predigen. Oberpfarrer Goens ist durch den Religionsunterricht, den er den jungen Prinzen für die Konfirmation erteilte, mit dem Hofe in näheren Verkehr getreten. Vor seiner Abreise wurde Herr Goens von der auf Schloß Bellevue weilenden Kaiserin empfangen, die ihm Grüße an den Kaiser auftrug. Die Rückkehr des Oberpfarrers ist für den 1. Mai in Aussicht genommen.

— Die katholischen Militärpfarrer der preußischen Armee haben dem neuen Feldpropst Bollmar als Ehrengabe einen Bischofsstab überreicht.

Von der russischen Grenze, 25. März. Aus Ostrowo wird berichtet: Eine schwere Grenzverletzung hat sich ein russischer Grenzsoldat dieser Tage beim Grenzübergange Trkalow zu schulden kommen lassen. Ein Arbeiter aus Roskow bei Kulisch suchte über die Grenze zu kommen. Als er bereits deutschen Boden erreicht hatte, holte der Grenzsoldat ihn nach und verletzte ihn durch einen Flintenschuß so schwer, daß er auf dem Transport nach Skalmierzyce verstarb. Die Untersuchung ist eingeleitet.

* **Posen**, 25. März. Gegen das Urteil im Endell-Prozeß hat der Chefredakteur der „Pos. Ztg.", Schad, die Berufung eingelegt. Der Kläger hat nach der „Pos. Ztg." dasselbe getan.

* **Wiesbaden**, 25. März. Die in der Nacht zum 14. Februar d. J. vorgekommene Beschädigung des Bismarckdenkmals in Höchst hat ihre Sühne durch die hiesige Strafkammer gefunden. Dieser Denkmalsbeschädigung war der 1882 zu Metz geborene Fabrikarbeiter Edmund Graber von Höchst a. M. angeklagt. Er leugnet die Tat nicht, will sie aber nicht vorsätzlich begangen haben. Das Gericht erkannte aber auf ein Jahr Gefängnis.

Der Kaiser im Mittelmeer.

* **Neapel**, 26. März. (Tel.) Der deutsche Kaiser empfing heute vormittag an Bord der „Hohenzollern" die Mitglieder der deutschen Kolonie. Kurz nach ½1 Uhr begab sich der König vom königlichen Schlosse, wo er abgestiegen war, in Begleitung der Minister des Auswärtigen und der Marine unter dem Salut der im Hafen liegenden deutschen und italienischen Kriegsschiffe auf die „Hohenzollern", wo er vom Kaiser Wilhelm am Fallreep erwartet wurde. Die Begrüßung war überaus herzlich. An Bord der „Hohenzollern" fand ein Diner statt.

Flotte.

* **Personalveränderungen in der Marine:** Trummler Korvettenkapitän und Marineattaché bei der Gesandtschaft in Tokio, in das Hauptquartier der japanischen Flotte entsandt; Hopmann, Korvettenkapitän vom Admiralstab der Marine, Ritter Henckel v. Gilgenheimb, Kapitänleutnant und Admiralstabsoffizier beim Stabe des Kreuzergeschwaders, in das Hauptquartier der russischen Marine nach Ostasien entsandt; Reincke, Kapitän zur See z. D. und Präses der Schiffsbesichtigungskommission der Marinestation der Nordsee, zum Präses der mit dem 1. April zu errichtenden Schiffsbesichtigungskommission mit dem Sitze in Hamburg-Altona ernannt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Schlußsteinlegung.** Wien, 26. März. (Tel.) Heute vormittag fand die feierliche Schlußsteinlegung des Direktionsgebäudes der städtischen Kaiser Franz Josefs-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt in Anwesenheit des Kaisers, des Ministerpräsidenten v. Körber, des Kriegsministers v. Pitreich und anderer Würdenträger statt.

Frankreich.

* **Kulturkampf.** Paris, 26. März. (Tel.) Die Klerikalen sind wütend auf Boni de Castellane, der ihren Gegnern durch die plumpe Offenheit, mit der er die letzten Ziele der Partei ausplauderte, einen großen Dienst geleistet hat. „Der König von Italien ist von der internationalen Freimaurerei auf den Thron erhoben worden; er ist der Räuber des Kirchenstaats; der Papst muß wieder in seine Rechte eingesetzt werden." Diese Bemerkungen schienen selbst den Nationalisten bedauerlich und sie beeilten sich, durch den Mund Lasies' und Denys Cochins ihren unklugen Mitstreiter zu verleugnen. Der Eindruck der Rede de Castellanes wurde dadurch jedoch nicht verwischt. Die streitbarsten unter den französischen Kirchenfürsten drängen offen zum Bruch des Vatikans mit Frankreich. Sie könnten ihr Ziel vielleicht früher erreichen, als sie wünschen, denn Combes ist geneigt, gegen den heiligen Stuhl eine schroffe Haltung einzunehmen. Die in kräftigen Ausdrücken gehaltene Verwahrung gegen die ausfällige Rede des Papstes, die der Botschafter Nisard überreichen mußte, wurde von Combes dem widerwilligen Delcassé abgerungen, und die Abberufung des Botschafters wäre die Antwort auf die erste neue Unvorsichtigkeit des Papstes. (Voss. Ztg.)

Orient.

* **Balkanwirren.** Wien, 26. März. (Tel.) Der „Politischen Korrespondenz" zufolge hat der Abschluß des türkisch-bulgarischen Uebereinkommens, der schon vor 14 Tagen als unmittelbar bevorstehend angesehen wurde, neuerdings eine Verzögerung erfahren.

Aus aller Welt.

Prozeß Ganswindt.

* Die gerichtlichen Verhandlungen haben wieder begonnen. Das „Berl. Tagebl." berichtet darüber folgendes:

Der Angeklagte sucht darzulegen, daß er kein Schwindler, sondern zu den in seinen Aufrufen enthaltenen Angaben und Versprechungen durchaus berechtigt gewesen sei. Die Anteilscheine, die ausgegeben wurden, lauteten auf 100 bis 1000 ℳ. Er sei voll davon überzeugt gewesen, daß der Flugapparat eine kolossale Zukunft habe und namentlich für militärische Zwecke von unberechenbarer Bedeutung sei, und den Anteilnehmern großer Gewinn in Aussicht gestellt werden konnte. Zu der Bildung des Schutzcomités sei er durch die gegen ihn gerichteten heftigen Zeitungsangriffe veranlaßt worden. Daß er mit seiner Erfindung nur so langsam vorwärts gekommen, sei darauf zurückzuführen, daß ihm allerlei Hindernisse bereitet und Knüttel zwischen die Füße geworfen wurden. In einem Aufrufe vom 6. April 1908 wurden den Anteilnehmern außer 5 Prozent Vorzugszinsen für 100—1000 ℳ, für 300—3000 ℳ in Aussicht gestellt. Der Angeklagte bemerkte hierzu, daß er trotz aller Schwierigkeiten, trotz der Untersuchungshaft usw. schon die Zinsen bezahlt habe, die erst am 1. April fällig werden.

Nach den weiter vorgetragenen Schriftstücken ist Ganswindt vielfach mit den Militärbehörden wegen Förderung seiner Erfindung in Verbindung getreten. Am 8. Oktober wandte er sich mit einer Immediateingabe an den Kaiser. Diese wurde dem Kriegsministerium überwiesen, dies gab es an den Grafen Waldersee ab, von dort ging die Sache an das Eisenbahn-Regiment. Dann äußerte sich der Oberst Knappe, nach bevor das Modell besichtigt worden war, dahin, daß die Abteilung ein Eingehen auf die Sache nicht für nötig halte, weil das Hauptmoment der Erfindung, der selbsttätige Motor, fehle, und die Abteilung es ablehnen müsse, auf eine Erfindung sich einzulassen, mit der man, wie es in der Immediateingabe hieß, in acht Tagen vom Nordpol zum Südpol fahren könne. Die Verwendbarkeit sei bei Herstellung in größeren Abmessungen vollständig ausgeschlossen, und eine staatliche Unterstützung sei abzulehnen. Auch dem kühnen Gedanken des Herrn Ganswindt, einen Pulvermotor zu erfinden, näher zu treten,